

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konrordstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf,
Konrordstraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken,
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung in der neuen Zeit.

III.

Durch unsere bisherigen Ausführungen haben wir die hohe Kulturmission der christlich-nationalen Arbeiterbewegung dargelegt. Die weltanschaulichen Unterschiede zwischen der sog. „freien“ (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsbewegung und unserer christlichen haben wir uns dabei noch einmal wieder ins Bewußtsein zurückgerufen. Wir haben erkannt, daß unter der Mera der politischen Macht der Arbeiterschaft Sein und Nichtsein des Christentums — wenigstens als einflußreiche, mitbestimmende Macht — von dem Erstarken der christlichen Arbeiterbewegung abhängt. Und so ist es an der Zeit, nunmehr zunächst die Frage zu beantworten, welche Ausrichtungen unsere Bewegung hat, um dann in einem letzten Artikel die Aufgaben und Pflichten, die wir christlichen Arbeiter gegenüber unserer Bewegung haben, darzulegen. Vorab wollen wir daran erinnern, daß nicht allein die Ziele der Gewerkschaften durch die veränderte politische Lage ins Große gewachsen sind, sondern auch ihre materielle Basis sich riesenhaft erweitert hat. Vor dem beschränkte sich die Gewerkschaftsbewegung nur auf die gewerblichen Lohnarbeiter, heute dagegen finden wir den gewerkschaftlichen Zusammenschluß in allen selbstständigen Berufen: angefangen bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern geht er seinen Weg über das gewaltige Heer von Angestellten und Beamten bis hinauf zu höheren Beamten und einem Teil der sog. freien Berufe. Selbst bei der Berufsfeuerwehr, den Polizisten, den Diensthöfen; überall ist der gewerkschaftliche Gedanke auf dem Vormarsch. Damit wächst die Zahl der Organisationsfähigen um Millionen und umfaßt den weitaus größten Teil der Bevölkerung. Statistisch zuverlässige Zahlen stehen uns im Augenblick nicht zur Verfügung. Bedenkt man aber, daß vor dem Kriege Deutschland allein an gewerblichen Lohnarbeitern 14 Millionen aufwies, so dürfte heute die Zahl der Organisationsfähigen mit circa 20 Millionen nicht zu hoch angegeben sein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften gehen der 5. Million Mitglieder entgegen, gleich etwa 25 Prozent aller Organisationsfähigen. Und es ist auch ganz zweifellos, daß diese Bewegung aus der Zahl derjenigen, die innerlich mit der Kirche gebrochen, noch weiteren Zuwachs erhalten wird. Demgegenüber zählt gegenwärtig die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Million Mitglieder. Dabei ist aber hervorzuheben, daß das Gros dieser Million in der kurzen Zeit dieses ersten Halbjahrs gewonnen wurde. Zählten wir doch vor dem Kriege erst circa 300 000 Mitglieder, die während des Krieges sozusagen vor einem Nichts standen. So hat der christliche Gewerkschaftsgedanke im Verlaufe der letzten sechs Monate eine geradezu zündende Wirkung ausgeübt. Auch der Vergleich mit der sozialdemokratischen Bewegung erhöht die Wirkung des Wachstums unserer Bewegung noch. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften zählten vor dem Kriege nahezu drei Millionen und naturgemäß brüdete der Krieg absolut genommen diese Bewegung nicht so nieder wie die unsrige. Prozentual genommen stieg unsere Bewegung im letzten Halbjahr um ein Mehrfaches gegenüber der sozialdemokratischen. Rechnet man das gleiche Wachstum für die christlichen Gewerkschaften auch im zweiten Halbjahr 1919, dann wäre die zweite Million noch am Schlusse 1919 erreicht. Diese kühne Hoffnung dürfen wir umso mehr haben, als noch Hunderttausende christliche Arbeiter als Unorganisierte in den beiderseitigen konfessionellen Arbeiter-, Gesellen-, Beamten-, Angestellten-, Jünglings-, Jungfrauen- und Arbeiterinnenvereinen vorhanden sind. Ohne Zweifel dürfen wir bei dem in der Entwicklung begehrten moralischen Gewerkschaftszwang diese Massen schon im Voraus für die christliche Gewerkschaftsbewegung reklamieren. Aufgabe der christlichen Gesamtbewegung ist es, die gewerkschaftliche Erfassung dieser Hunderttausende so schnell wie möglich zu erreichen. Und weiter wird unsere Bewegung wachsen, da die Zahl der auf christlichem Boden stehenden Organisationsfähigen sich nach Millionen beläuft. Das hat deutlich das Abstimmungsverhältnis bei den Nationalwahlen ergeben. Erhielten doch gegenüber den insgesamt für die Sozialdemokratie abgegebenen 18 Millionen

Stimmen die bürgerlichen nichtsozialistischen Parteien insgesamt 19 Millionen Stimmen. Und das trotz der „glorreichen“ Revolution. Nun kommt es darauf an, daß wir diese Massen der nichtsozialistischen Arbeiter, Angestellten usw. unserer Bewegung dienstbar machen und dieselben in unserer Gewerkschaftsorganisation für die Erreichung unserer großen Ziele fest verankern.

Andererseits muß hervorgehoben werden, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung zur Zeit ein Koloss auf wackelnden Füßen ist. Es kracht und ächzt in diesem Koloss in allen Fugen, sodaß er auseinander zu bersten droht. Die enge Verquickung der „freien“ Gewerkschaftsbewegung mit der sozialdemokratischen Partei wird heute der ersteren zum Verhängnis. Wäre „freie“ Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie nicht eins gewesen, wäre die „freie“ Gewerkschaftsbewegung in der Vergangenheit ihren eigenen von der sozialdemokratischen Partei unabhängigen Weg gegangen, so würden die ewigen Kräfte in der Sozialdemokratie die „freie“ Gewerkschaftsbewegung unberührt gelassen haben. Nun aber durchstößt die „freie“ Gewerkschaftsbewegung alle Bitterkeiten der politischen Sozialdemokratie bis zur Neige. Und so wie die politische Sozialdemokratie sich gespalten hat, so droht jetzt auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung sich zu spalten. Die auch von der gewerkschaftlichen Sozialdemokratie mitgemachte Radikalisierung der Massen wird ihr heute zum Verhängnis. Sie haben es unterlassen, ihre Anhänger zu sittlichen Persönlichkeiten zu erziehen, sie haben das Verantwortlichkeitsgefühl ihrer Massen gegenüber der Gesamtheit brutal untergraben. Die Geister, die sie riefen, werden sie nun nicht los und sie richten sich gegen sie selbst. Der sozialistische Dichter Bürger hat kürzlich in der Zeitschrift „Die Tat“ (Februar 1919) darüber folgende bewegliche Klage angestellt:

„Die Stunde rächtlosen Bekennens ist da. Wir haben verfehlt und veräußert. Unsere Erziehung der Massen war eine Halbheit, solange wir die größte Bewegung seit dem Aufgange des Christentums zu einseitig als eine Angelegenheit des äußeren Lebens lenkten.“

Daß wir den Sozialismus einseitig erklärt haben aus dem Materialismus, daß wir unser großes Ziel zu wenig als geistigen Fortschritt erläuterten, rächt sich heute an der Revolution.

In unserem Parteiprogramm liest sich viel Schönes und Erbauliches über geistige Hebung der Arbeiterschaft, Volkserziehung, Kunstförderung usw. Ist das alles aber nicht zu sehr im Programm stecken geblieben, weil wir die Welt fast nur nach ihrem stofflichen Inhalt betrachteten?

So Bürger! In der Tat: der tote Buchstabe schafft noch kein Leben, der Geist ist's, der Lebendig macht.

Und was hat der heutige Kultusminister Hänisch über diese Frage zu sagen? Hören wir:

„Haben wir Sozialdemokraten in den letzten Jahrzehnten das Materielle nicht allzu ausschließlich gesehen? Haben wir nicht auch den Sozialismus allzusehr aufgefaßt als eine Frage einerseits nur der ökonomischen Entwicklung und andererseits nur der politischen Machtgewinnung?“

Mit anderen Worten, die Erziehung des Menschen zur ausgereiften sittlichen Persönlichkeit hat die Sozialdemokratie vernachlässigt: Grundübel der Sozialdemokratie. Aber woher „sittliche Erziehung“ nehmen, da die Sozialdemokratie die einzige Kraftquelle zur sittlichen Erziehung, das Christentum, leugnete. Hänisch sagt noch weiter:

„War sie — die sozialistische Bildungsarbeit — nicht doch zu sehr eingestellt auf die Aneignung einer Fülle von Lehren, Rissen und totem Wissensmaterial? Das Eigentliche, der Geist selbst, kam dabei vielfach zu kurz. Wir gaben zu viel Stoffliches und legten zu wenig Gewicht auf die Erziehung, auch die Erziehung zur sittlichen, ihrer Pflichten und ihrer Verantwortung bewußten Persönlichkeit.“

So charakterisieren sozialdemokratische Führer in der Stunde der Erkenntnis ihre Bildungsarbeit an den Massen. Kann ein schärferes Verdikt über die Sozialdemokratie ausgesprochen werden als es hier geschieht? Es ist das furchtbare Eingeständnis der sozialdemokratischen Führer, daß sie bisher falsche Wege gegangen sind, daß sie eigentlich von vorne wieder anfangen müssen. Und nun suchen sie zu retten, was zu retten ist. Just in diesem Augenblick, wo wir dieses niederschreiben, tagt in Nürnberg der sozialdemokratische Gewerkschaftskongreß und die Führer versuchen, angesichts der verheerenden Wirkungen ihrer Verquickung mit der Sozialdemokratie, sich den Klauen dieser Partei zu entwinden. Es wird darüber gemeldet, daß der Gewerkschaftskongreß eine Entschließung

angenommen habe, die das Mannheimer Abkommen mit der sozialdemokratischen Partei beseitigt und die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien proklamiert. Doch „zurück, du rettest den Freund nicht mehr“ — so möchte man angesichts der vorhandenen Sachlage ausrufen. Zu spät! Ein solcher papierenen Beschluß ändert noch nicht die Gesinnung der Mitglieder im Lande, und auf den Geist der Bewegung allein kommt es an. Zu welcher furchtbaren Erkenntnis die Führer der sozialdemokratischen Bewegung gekommen sind, beweist ein Ausspruch Legiens (des obersten Führers der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung) auf dem Kongreß in Nürnberg. Er sagte, nach der Freieibler sozialdemokratischen „Volkstribüne“:

„Das gegenwärtige Unglück Deutschlands ist herbeigerufen durch diejenigen, die die Einigkeit der Arbeiterklasse gesplengt haben (türkischer Beifall und lärmender Widerspruch). Jetzt kämpfen wir gegen den Versuch, diese Zersplitterung auch in die Gewerkschaften hineinzutragen.“

Man muß sich die erschreckende Tragweite dieser Worte recht klar machen: das gegenwärtige Unglück Deutschlands eine Schuld der Sozialdemokratie, weil sie wohl niederreißen aber nicht aufbauen kann! Und nachdem die aus der Tiefe gerufenen Geister die politische Sozialdemokratie in Stücke zerrissen haben (Syndikalisten, Kommunisten, Spartakisten, Unabhängigen, Rechtssozialisten), soll ihr zerstörendes Wirken, das mit der „glorreichen“ Revolution begann, nun auch auf die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ausgedehnt werden. „Und die Ratten verlassen das sinkende Schiff.“ Um sich vor dem Untergang zu retten, kündigen die „freien“ Gewerkschaften der Sozialdemokratie die Freundschaft. Inwieweit den „freien“ Gewerkschaften ihre Rettung gelingen wird, beleuchtet ein Ausspruch des Wortführers der Opposition auf dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskongreß des „Genossen“ Dörmann-Frankfurt, der ausrief:

„Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder wird ihre politische Interessenvertretung binnen kurzem in der Unabhängigen Sozialdemokratie suchen. Diese Entwicklung sieht man vor Augen. Wenn wir auch hier (auf dem Kongreß) in der Minderheit sind, im Lande sind wir die Mehrheit.“

Wir fürchten, der „Genosse“ Dörmann wird Recht behalten. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung befindet sich auf abschüssiger Bahn. Es fehlt ihr der innere sittliche Halt, und mit der Kraft eines Naturgesetzes treibt die Entwicklung in den Abgrund des Krachs. Das ist der Fluch ihrer bösen Tat, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Gewerkschaftsbewegung in den Dienst einer politischen Partei, der Sozialdemokratie, stellten und nicht müde wurden zu betonen: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins!“ Nun stehen und fallen sie und ihre Bewegung mit der Sozialdemokratie, der, weil sie auf den Materialismus aufgebaut, in der Stunde der Verurteilung jede verbindende sittliche Kraft zur schöpferischen Arbeit fehlt. Am Tage ihrer Eroberung der politischen Macht erkennen wir, daß die Sozialdemokratie auf Sand gebaut, von dem Wirbelwind revolutionärer Geister in Stücke zerfliegt und ihren großen Bruder, die freie Gewerkschaftsbewegung, mit in die Tiefe zerrt. Die zur Zeit im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager im Schwunge befindliche Entlassung aller im Dienst der Bewegung ergrauter Gewerkschaftsführer lassen erkennen, wie sehr der „Genosse“ Dörmann Recht behalten wird und wie weit die „unabhängige“ Entwicklung schon gediehen ist. Legien sagte in Nürnberg darüber:

„Unerböt ist die Maßregelung der Gewerkschaftsbeamten. Treu gebiente Genossen werden rücksichtslos hinausgeworfen. Früher erhob sich die ganze Arbeiterklasse gegen solche Maßregelungen. Jetzt müssen wir uns schämen, daß zehntausende organisierte Arbeiter dem Hinauswurf von Beamten zustimmen, deren Arbeit für die Organisation überall, wo die gewerkschaftliche Tätigkeit der Beamten nachgehört worden ist, ausgenutzt worden ist.“

Und warum hat man diese Beamten hinausgeworfen? Weil sie den Bahnplan der Unabhängigen, Spartakisten und Kommunisten nicht mitmachen wollten. Aber so stark bereits ist der Zerlegungsprozess in der „freien“ Gewerkschaftsbewegung gediehen und haben die Unabhängigen schon Doerhoffen. Zumwahr; auf abschüssiger Bahn!

Wir christliche Gewerkschafter nehmen im Interesse des deutschen Volkes und der Arbeiterschaft von diesen erschütternden Zuständen mit Bedauern Kenntnis. Doch wie haben die Dinge kommen sehen. Eine glücklichere

Rechtfertigung einer Bewegung, können wir selbst nicht geben als dies verträglich Zustände in der Sozialdemokratie

Wir resümieren für heute: Die Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung die aufgebaut ist auf die sittlichen Grundzüge des Christentums, erweist sich als die einzig Richtige beim Wiederaufbau unseres völkischen Lebens und läßt uns die Größe und Wahrheit des Christentums selbst erkennen. Wir erkennen daran das Göttliche des Christentums und es bestärkt uns in dem Willen, dieser Bewegung zum Siege zu verhelfen. So wie das Christentum in den zweitausend Jahren seines Bestehens alle großen gegnerischen Bewegungen überlebte, wie Reiche und Kronen vor ihm in den Staub sanken, so wird auch in unserer Zeit das Christentum der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht sein. Denn das Christentum ist nicht Menschenwerk, ist göttlichen Ursprungs.

Die Ortsklassenfestsetzung in den Tarifverträgen.

Bei dem Abschluß von Tarifverträgen entstehen vielfach Streitigkeiten über die Zahl der einzurichtenden Ortsklassen und den Unterschied in den Löhnen der einzelnen Ortsklassen. Besonders tritt dieses in die Erscheinung, wenn es sich um Tarifabschlüsse für größere Bezirke handelt. Die Richtlinien der zentralen Kommission für die gesamte Textilindustrie besagen: „Die Zeitlöhne sind nach Ortsklassen abzustufen, für deren Festsetzung nicht lediglich die Einwohnerzahl, sondern die gesamtörtlichen, insbesondere auch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Grunde zu legen sind.“ Während ein großer Teil der Arbeitgeber ein Interesse an der Festsetzung mehrerer Ortsklassen hat, haben die Arbeiter, besonders diejenigen, welche den niedriger entlohnten Ortsklassen zugeteilt werden sollen, ein entgegengekehrtes Interesse. Es handelt sich nun darum, daß in dieser Frage ein den Verhältnissen möglichst gerecht werdender Ausgleich gefunden wird.

Ganz wird man die Berechtigung zur Festsetzung verschiedener Ortsklassen nicht abstreiten können. Es muß aber darauf hingewirkt werden, daß die Zahl der Ortsklassen eine beschränkte bleibt. Auch für räumlich größere Bezirke dürften zwei Ortsklassen genügen.

Bei den Einwänden gegen die Bildung verschiedener Ortsklassen weisen die Arbeiter in ländlichen Bezirken öfter darauf hin, daß sie deswegen, weil sie Land und Garten besitzen, im Lohn nicht schlechter gestellt werden dürfen; der Vorteil, den sie aus der Landarbeit erzielen, müsse, weil sie auch die Arbeit auf dem Lande verrichten, ihnen allein zufallen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Vielfach ist auf Konferenzen in der letzten Zeit von den Arbeitern aus kleinen und mittleren Orten auch hervorgehoben worden, daß die Lebensverhältnisse in ihren Orten in vielfacher Hinsicht noch teurer seien, wie in den größeren Städten. Diese Ansicht erweist sich nach Prüfung der näheren Verhältnisse im allgemeinen als unzutreffend. Man denke nur an die ungemein hohen Mieten und Abgaben, welche in den Großstädten von den Ladenbesitzern aufzubringen sind und die in höheren Warenpreisen wieder zum Ausdruck kommen. Es ist gewiß richtig, daß in letzter Zeit einige billigere Auslandswaren noch nicht auf dem Lande, wohl aber in den größeren Städten zu kaufen waren. Dadurch entstehen vielfach irrige Ansichten in Bezug auf die Lebensverhältnisse in den kleinen und größeren Städten überhaupt. Solche Waren bringt der Handel eher in die Großstädte wie in die Kleinstädte und kleineren Orte. Weil der Handel sich mehr auf die größeren Städte konzentriert, ist dort sowohl eine Verteuerung als auch eine Verbilligung eher zu spüren. Ebenso aber wie die hoffentlich bald kommenden billigeren Artikel etwas später in die kleineren Orte gelangen, waren dort während des Krieges noch Friedenswaren zu billigerem Preise zu haben, als in den größeren Städten kein alter Vorrat mehr da war. Im Großen und Ganzen ist nicht zu bestreiten, daß die Lebensbedingungen in den Großstädten ungünstiger sind. An die bedeutend teureren Wohnungsmieten überhaupt wollen wir hier nur nebenbei erinnern.

Auch bleibt allerdings der Einwand zu Recht bestehen, daß der Arbeitgeber seinen Vorteil von einer durch die Arbeiter selbst erzwungenen billigeren Lebensmöglichkeit auf dem Lande haben soll. So richtig dieser Einwand aber an sich auch ist, haben wir aber noch einen anderen Gesichtspunkt, der von den Arbeitgebern vielfach herangezogen wird, zu beachten. Die Arbeitgeber weisen vor allem darauf hin, daß in ländlichen Orten die Produktion meist nicht so ergiebig ist, wie in den mehr geschlossenen Industrieorten. Durch vielfache Urlaubsgewährung zum Zwecke der Landbestellung und nicht genauer Einhaltung der Arbeitszeit sei die Produktion wesentlich beeinträchtigt. Hinzu komme vor allen Dingen, daß der Arbeiter, welcher kein Land habe, seine ganze Arbeit nur auf den Fabrikbetrieb konzentriere. Er gehe ganz in dem Betrieb auf, sein ganzes Denken und volles Können ist nur auf die Verusarbeit gerichtet. Eine Teilung seiner Arbeitskraft in Fabrik- und Landarbeit komme nicht in Frage, während der Fabrikarbeiter, der wesentlich Land mit zu bearbeiten hat, seine Arbeitskraft und sein Interesse auf zwei verschiedene Arbeitsgebiete konzentriert. Diese Einwände sind nicht ganz von der Hand zu weisen. Diese Gründe sind nicht ganz von der Hand zu weisen, und die Erwähnung bedingt auch, daß in den mehr in sich geschlossenen reinen Industrieorten die Produktion in der Regel eine größere ist, als in den mehr gewerblich landwirtschaftlichen Orten. Prüft man das für und wider nach allen Seiten, so kann man der Bildung von verschiedenen Ortsklassen die

innere Berechtigung nicht absprechen. Allerdings muß das Interesse der Arbeiter dabei gewahrt bleiben und in der wirklichen Verhältnissen möglichst Rechnung getragen werde. In dieser Richtung muß sich auch die Arbeit unserer Organisation bewegen.

Sinkströmungen im Deutschen Textilarbeiterverband.

Im Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Nr. 22 und 23, ist ein ausführlicher Bericht über eine Gaukonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes enthalten. Der Bericht zeigt, daß die Gegensätze zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen auch im Deutschen Textilarbeiterverband sich bemerkbar machen.

Der Gau (Blauen-Vogland), für den die Konferenz stattfand, ist einer der stärksten Säulen des Deutschen Textilarbeiterverbandes und neigt, nach dem Bericht zu urteilen, sehr stark der unabhängigen Sozialdemokratie zu. In Sachsen hat unser Verband einen schweren Stand. Leider wird dort, je mehr man die echten sozialistischen Ideen betont, die wirkliche Demokratie uns gegenüber am wenigsten geübt. Hier will man uns von der Arbeitsgemeinschaft und den Tarifverträgen möglichst ausschalten. Auf der genannten Konferenz wurde ausdrücklich betont, für den Freirat Sachsen kämen andere Gewerkschaftsrichtungen nicht in Frage, da deren Mitgliedszahl nur eine Minorität bilde. Eine solche Haltung ist weder sozialistisch noch demokratisch; sie ist echter Machtstandpunkt, dessen Ueberspannung man früher an den alten Machthabern nicht genug zu tadeln wußte. Jetzt, wo man glaubt, selbst die Macht zu haben, macht man es nicht besser, sondern eher, noch schlimmer wie die alten Machthaber. Von Vertrauen auf die eigene Sache und von freier Gesinnung zeugt es jedenfalls nicht, wenn man mit Gewalt andere Richtungen ausschalten will.

Sehr bemerkenswert ist ein Referat, welches der zweite Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Herr Jäckel-Berlin, auf der Gaukonferenz hielt. Jäckel ist als unabhängiger Sozialdemokrat bekannt und vertrat in seinem Vortrage Gedankengänge, welche im Gegensatz zu der Haltung der Generalkommission der freien Gewerkschaften und der Mehrheitssozialisten stehen. Er machte allerdings die Einschränkung, daß er wahrscheinlich nicht die offizielle Meinung des Zentralvorstandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes vertritt. Nachdem er die Haltung der Generalkommission der freien Gewerkschaften und einiger Führer der Mehrheitssozialisten in der Materie kritisiert, betonte er, daß die Gewerkschaftsbeamten infolge ihrer Tätigkeit der Bürokratisierung zuneigen und keine Zeit hätten, sich in die Ideen eines Marx und Engels hineinzuarbeiten. Erst durch den Druck der Massen würden die Gewerkschaftsbeamten veranlaßt, sich der revolutionären Entwicklung und den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft anzupassen.

Die Stellung, welche Jäckel hiernach den Gewerkschaftsbeamten zuweist, ist keine Führerstellung mehr, sondern der Gewerkschaftsbeamte ist der Geführte. Abgesehen davon, daß wir grundsätzlich überhaupt auf einem anderen Boden stehen, und es nur für einen Vorteil halten, wenn die Gewerkschaftsbeamten sich in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht an Marx und Engels orientieren, würde es zu ganz unhaltbaren Zuständen führen, wenn der Führer nicht mehr einer Bewegung Weg und Ziel weist, sondern sich nur den Forderungen der Massen anzupassen hat.

Auf der Konferenz fand u. a. die Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern keine gute Note und Jäckel meinte, die Arbeitsgemeinschaft sei ein Instrument zur Verhinderung der Vergeßlichkeit der Produktion und sie würde sich durch die revolutionäre Entwicklung überleben. Diesen Standpunkt kann man eigentlich nur dann vertreten, wenn man sich die Entwicklung so vorstellt, daß die Unternehmer als Leiter der Produktion ganz ausgeschaltet werden. Die Ausschaltung des Unternehmers als Leiter der Produktion würde u. e. aber die Verlegung des größten Teiles der Industrie bedeuten: ein vollständiges Chaos würde eintreten und schließlich würde sich vielleicht aus dem Chaos etwas neues mit Gewalt emporbringen, welches uns Arbeiter um die bis jetzt erreichten Fortschritte brächte. Wir erinnern daran, daß Jäckel im „Textilarbeiter“, Nr. 10 und 11 d. J., in einem Artikel „Auf dem Wege zur konstitutionell-demokratischen Fabrik“ einen anderen Standpunkt vertreten hat. Damals, im März d. J., vertrat er den Standpunkt, daß eine Leitung des Betriebes durch die Arbeiter nicht möglich und für die Arbeiter schädlich sei. Er schrieb seinerzeit u. a. wörtlich:

„Der kapitalistisch Großbetrieb ist ein außerordentlich fein organisierter Mechanismus. Er arbeitet in normalen Zeiten für den Markt der ganzen Welt und hat sich dem Verhalten und den Bedürfnissen dieses Weltmarktes anzupassen. Nicht nur die Begehren und die Bedürfnisse des Weltmarktes sind es, welche seinen Gang bestimmen; dieser wird beeinflusst von den Konjunkturschwankungen der Konkurrenz. Die Verwaltung eines Großbetriebes setzt sich infolgedessen und auch aus anderen Ursachen zusammen aus einer endlosen Reihe von Beziehungen und Entschuldigungen der leitenden Personen. Das gleichzeitige Zusammenarbeiten vieler tausender Betriebe innerhalb des kapitalistisch-Produktionsprozesses, das gleichzeitige Berennen des lokalen Marktes und des Weltmarktes durch viele tausende Betriebe bedingt die Notwendigkeit von Beziehungen, welche erst nach langen Beratungen und Entscheidungen mit Fachmännern erreicht sind, und deren Entschuldigungen, welche der Augenblick erheischt, wie jeder Mensch weiß. Die Verwaltung eines Betriebes, welche einen Betrieb über umfangreiche Veränderungen der Produktion leitet, sowie die Übernahme eines Auftrages überhaupt und die Bestimmung des dabei im Einzelnen zu

erzielenden Preises, die Auswahl des Rohmaterials und etwa zu tätigen Abschlüsse können, wie die Dinge heute liegen, nicht von dem handarbeitenden Teil einer Betriebsabteilung des Betriebes getätigt werden. Dazu bedarf es der durch lange Übung erworbenen Fertigkeit des Kaufmanns, wie andererseits die technische Ausgestaltung des Betriebes Sache der technischen Betriebsleitung ist. Die Forderung nach unmittelbar gleichberechtigter Mitwirkung an der Seite der Direktoren bei solchen Manipulationen, wie sie in einigen Fällen gestellt worden ist, widerspricht durchaus den Interessen sowohl des Betriebes wie der Arbeiter. Die speziellen Kenntnisse, welche die Ausübung dieser Funktionen erfordert, geben dem Lohnarbeiter durchaus ab und können im allgemeinen nicht neben der Fertigung regelmäßiger Handarbeit so nebenbei durch Studium erworben werden.“

Dieser Standpunkt ist dem von Jäckel auf der Konferenz in Blauen vertretenen Standpunkt, selbst bei einigen Einschränkungen, welche er für die Textilindustrie in Aussicht gestellt. In dem vorhin zitierten Artikel schrieb Jäckel damals auch, daß höchstens die Gewerkschaften mit ihren eingearbeiteten Funktionären befähigt seien, die Produktionsbedingungen eines Betriebes und einer speziellen Industrie zu beurteilen. Heute sollen nach Jäckel die Betriebsräte das Fundament der demokratischen Betriebsweise sein. Bekanntlich hat der Reichsarbeitsminister Bauer auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar den Standpunkt eingenommen, daß die Betriebsräte Einrichtungen der Gewerkschaften sein müssen und nicht umgekehrt, oder auch nicht, daß beide Organe nebeneinander arbeiten. Dieser Standpunkt deckt sich mit dem Standpunkt, den Jäckel damals in seinem Artikel einnahm. Jetzt ist es anders.

Sozialisierung

wurden auf der Konferenz in Blauen gegen die Regierung ebenfalls scharfe Vorwürfe laut.

Verstaatlichung sei keine Bergesellschaftung, meint Jäckel. Im übrigen gibt Jäckel zu, daß das Gros der Textilindustrie für die Sozialisierung noch nicht reif sei. Es müsse aber die Sozialisierung durch Zusammenfassung der Produktion bezw. der Betriebe zu Industrieverbänden vorbereitet werden. Beherrschung dieser Industrieverbände von Verwaltungsorganen, in denen Vertreter aller Schichten vereinigt sein sollen, deren Bedürfnissen der organisierte Industriezweig dienen soll. Zu den Aufgaben dieser Industrieverbände solle gehören: Förderung der technischen Entwicklung der Industrie, Errichtung von Konstruktionsbüros, Laboratorien und Materialprüfungsanstalten, Normalisierung und Typisierung, dabei Förderung der Spezialisierung der einzelnen Industriebetriebe, Zentralisierung des Ankaufs der Rohstoffe, Zuteilung von Rohstoffen an die einzelnen Betriebe, Konzentrierung des Verkaufes der fertigen Waren in den Verwaltungsbüros, Festsetzung der Preise der Waren, Abschluß von Kollektivarbeitsverträgen, Konzentrierung der Produktion auf die technisch vollkommensten Betriebe. Auf diese Weise würde der Übergang dieser Industrien (vor allem also der Textilindustrie) aus privatem Besitz in Gemeineigentum zum Wohle der Gesamtheit vorbereitet.

Die von Jäckel hier angeführten Übergangsmaßnahmen zur Vorbereitung der endgültigen Vergeßlichkeit der Textilindustrie mögen theoretisch sehr gut sein, in die Praxis umgesetzt würden sie u. e. aber Fiasko machen. Ein solch umfangreicher Apparat würde den tausendfältigen Bedingungen und Verschiedenheiten der Textilindustrie gar nicht gerecht werden können, und in Bürokratismus untergehen. Die selbstschöpferische Initiative des einzelnen Unternehmers, welche wir — besonders in der nächsten Zeit — in der Textilindustrie besonders notwendig haben, würde dadurch lahmgelegt und die Industrie, welche sowieso schon schwer daniederliegt, noch mehr geschädigt.

Der frühere Schriftleiter des „Textilarbeiter“, der sozialdemokratische Abgeordnete Kräpzig, zugleich stellvertretender Vorsitzender der Reichsstelle für Textilwirtschaft, hat kürzlich noch einen Artikel veröffentlicht, in welchem er besonders darauf hinweist, daß die deutsche Textilindustrie für die gemeinsame Wirtschaft noch nicht reif ist, und nach diesem unglücklichen Kriege auch kaum zu dieser Reife gelangen würde. Kräpzig schreibt dann weiter:

Die Existenzbedingungen der deutschen Textilindustrie sind so beschaffen, daß in der Zukunft noch mehr wie in der Vergangenheit die sich ausbreitenden Schwierigkeiten nur durch den geschäftlichen Wagemut Privater Initiative überwunden werden können. Der mehr oder weniger durch bürokratische Verwaltung gehemmte Betrieb ist dazu außerstande. Man denke nur an die Verschiedenheit der Rohstoffe, die im Ausland und im Wettbewerb mit dem Ausland eingedeckt werden müssen. Man denke daran, daß diese Rohstoffversorgung ständigem Wandel unterworfen ist, wodurch sich die Schwierigkeiten noch erhöhen. Fernab von uns liegen die meisten Rohstoffgebiete, und jede politische Veränderung in einem Staate der Welt vermag scharfe Erschütterungen der jeweiligen Preisgrundlage der Textilindustrie herbeizuführen. Bei solcher Unsicherheit des Rohstoffmarktes ist große geschäftliche Gewandtheit erforderlich, die nur gewonnen werden wird unter dem Zwange des eigenen Risikos. Beim staatlich geleiteten Betrieb trägt der Staat das Risiko, wodurch der Anreiz zur Entwicklung scharfer geschäftlicher Beobachtungsfähigkeit nicht gegeben ist.

Weiter kommt als wichtiges Hindernis der Sozialisierung hinzu die scharfe Konkurrenz, welche die deutsche Textilindustrie auf dem Warenmarkt zu bestehen haben wird. Wir, die wir den größten Teil der Rohstoffe aus dem Ausland beziehen müssen, können nur konkurrieren, wenn wir Waren haben aus höchster Qualität herstellen können, Waren, in denen ein hoher Arbeitswert und möglichst wenig Rohstoffwert steckt. Um das zu können ist eine ungemein große, schöpferische Kraft in der Industrie zu schaffen und dauernd lebendig zu halten. Die Wagnisnahme in der deutschen Textilindustrie muß von den beiden Gesichtspunkten, höchste Rationalität und beste Qualität, aus geleitet werden. Das wird nur gelingen, wenn die

private Initiative nicht lahmgelegt wird. Das ist für jeden Kenner der Existenzbedingungen der Textilindustrie eine Selbstverständlichkeit, und daher sollten die Textilunternehmer endlich ihre geschäftliche Gleichgültigkeit aufgeben und von neuem herantreten an den Beruf, unsere Textilindustrie zu neuer Entfaltung zu führen.

Am Schlusse seiner weiteren Ausführungen hebt Krähig dann noch ausdrücklich hervor, daß die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeiter in der Textilindustrie die Handhabe sein müßte, um die Entfaltung der Industrie nicht auf Kosten der Arbeiter, sondern unter Berücksichtigung ihrer Lebensnotwendigkeiten herbeizuführen.

Als Voraussetzung für die Durchführung der Vergesellschaftung usw. verlangt Jäckel auch die Ueberweisung vollkommener Macht an die kommunalen Arbeiterräte und den von diesen bestimmten höheren Instanzen. Das würde zu neuer "Diktatur von unten" führen, nachdem die "Diktatur von oben" abgelöst ist.

Die Konferenz nahm eine Entscheidung im Sinne der Jäckelschen Ausführungen an. U. a. wurde auf der Konferenz auch gegen die Freiwilligenverbände und den Belagerungszustand Stellung genommen. Sodann wurde verlangt, daß neuer revolutionärer Geist in den Zentralvorstand und in die Redaktion des "Textil-Arbeiter" einziehe.

Wir erwähnen diese Vorgänge im Deutschen Textilarbeiterverband deshalb, weil sie von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung und Haltung des Verbandes sein können, wenn wir auch vorerst geneigt sein möchten, diese Strömungen mehr als eine vielleicht vorübergehende Revolutionärscheinung zu bewerten.

Von unserem grundsätzlichen Standpunkt aus sind wir die stärksten Anhänger der Gemeinwirtschaft, jedoch nicht einer der von Jäckel propagierten Art, die letzten Endes wieder auf Anwendung von Gewalt und Diktatur hinausläuft. Es handelt sich ferner auch darum, welche Maßnahmen jetzt praktisch, ohne Schädigung der Industrie und der Arbeiterschaft selbst, durchgeführt werden können. Vor allen Dingen möchten wir auch noch eins betonen: Zum Sozialisieren und zur Einführung der Gemeinwirtschaft gehört etwas mehr, als die Schaffung von Organen und die Anwendung bestimmter Maßnahmen. Es gehört dazu vor allem auch eine Vergesellschaftung der Gesinnung der Menschen, welche mit den rein äußerlichen Mitteln des Sozialismus, vor allem des Radikal-Sozialismus, nicht zu erreichen ist.

Allgemeine Rundschau.

Ein ungeheuerlicher Vorwurf gegen das Christentum.

In Nr. 25 des "Textil-Arbeiter", dem Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, finden wir in einem Artikel, "Die zehn Gebote der Arbeiter", gezeichnet von Konrad Nagte, Ausführungen, welche das Gefühl jedes christlich-denkenden Arbeiters verletzen müssen. Als 9. Gebot ist dort angegeben:

"Lasse dich nicht betrügen! Der Baum der Erkenntnis ist der Baum des Lebens. Der Klerus, welcher im Ueberflusse leben, aber nicht arbeiten will, verschneidet dich vom Baum der Erkenntnis. Nicht auf dieser Welt sollst du das Paradies haben, sondern im Jenseits. Hienieden sollst du leiden, im Jenseits wirst du dafür belohnt. Sie versprechen dir das Paradies der anderen Welt, damit sie es auf dieser Welt genießen können. Du sollst erkennen, daß das Recht zum Leben gleichzeitig das Recht ist, auf dieser Welt glücklich zu sein."

Damit ist also gesagt, das Christentum und seine Diener, der Klerus, halten die Arbeiter von der Erkenntnis fern, betrügen sie und verdrängen sie auf das Jenseits, damit der Klerus selbst das Paradies auf dieser Welt besser genießen kann.

Wir wissen nicht, ob dem Verfasser das Ungeheuerliche seiner Vorwürfe so recht zum Bewußtsein gekommen ist. Uns will fast scheinen, als wenn er ohne Ueberlegung einen alten verstaubten sozialdemokratischen Lehnwörter aus der Ecke genommen hat, von dem er glaubte, daß er gegen das Christentum und die "bösen Pfaffen" verwandt werden könnte. Der gute Mann sollte eigentlich nur über Dinge schreiben, von denen er etwas versteht. Seine ordinären Ausfälle sind nämlich vollständig daneben. Weber das Christentum, noch seine Diener predigen mit Rücksicht auf das Jenseits den Arbeitern den Verzicht auf das Fortkommen im Diesseits. Im Gegenteil: Den freien Willen und Verstand, welche der Mensch von seinem Schöpfer empfangen hat, soll — nach den Lehren des Christentums — auch jeder zu seinem Fortkommen im Leben gebrauchen. Wir drehen aber

den Spieß um und sagen: Gerade die Grundsätze des Christentums — Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Pflichten gegen die Gesamtheit — geben dem Arbeiter einen viel größeren Rückhalt in seinen berechtigten Forderungen, als der Materialismus der Sozialdemokratie, der nur ein Diesseits- und kein höheres Sittengesetz kennt. Dieser Materialismus ist dem Kapitalisten auf den Leib zugeschnitten. Wohin uns im übrigen die Betonung des nur Materiellen führt, sehen wir an den jetzigen Zuständen zur Genüge. Selbst Sozialisten geben heute zu, daß die Sozialdemokratie sich viel zu sehr auf die Betonung des Materiellen, unter Vernachlässigung des Geistigen, gestützt hat. Der sozialdemokratische Kultusminister Häntsch hat es kürzlich noch im "Vorwärts" festgestellt.

Man möge uns deshalb im "Textil-Arbeiter" nicht damit kommen, daß die Kirche und der Klerus die Arbeiter betrügen, verdrängen und am Fortkommen hindern. Wir sind sogar der festesten Ueberzeugung, daß wir die hohen Ideale des Christentums, besonders in den kommenden Zeiten, erst recht notwendig haben, um aus dem geistigen und materiellen Elend dieser Tage herauszukommen.

Wir haben den Ehrgeiz, diese Regierung zu stürzen

sagt die alldeutsche "Deutsche Zeitung", die kürzlich u. a. schrieb: "Uns trennt eine Welt von den Männern der Regierung Scheidemann. Wir werden niemals einen Weg finden, der zu diesen Leuten hinüberführt. Männer, die seit Jahr und Tag an der Vernichtung des deutschen Siegeswillens gearbeitet haben. Männer, die uns im November des Unglücksjahres 1918 das Schwert aus der Hand geschlagen haben, Männer, die schon damals die im Vollzuge begriffene nationale Erhebung vereitelt haben und die einen mehrfachen, zuckenden Stichnam dem Feinde ausgeliefert haben — diese Männer sprechen eine Sprache, die wir nicht verstehen. Wir haben auch nie den Ehrgeiz gehabt, diese Männer befehlen zu wollen, sondern wir hatten stets nur den Ehrgeiz, diese Regierung zu stürzen; und diesen Ehrgeiz haben wir noch immer!"

Man weiß fast jedermann in Deutschland, daß die Alldeutschen wahrhaftig auch ihr volleresättetes Maß von Schuld an dem Zusammenbruch unseres Vaterlandes haben. Wenn übrigens die alldeutsche Zeitung den Ehrgeiz hat, diese Regierung zu stürzen, kann sie den Unabhängigen und Kommunisten, welche denselben Ehrgeiz haben, die Hand reichen. Nur haben die Kreise, welche im Jahressommer der "Deutschen Zeitung" lesen, kein Recht sich darüber zu beklagen, daß wir im Innern unseres Landes nicht zur Ruhe kommen.

Die "Freiheitskämpfer".

"Hört Euch vor der Rache, die Euch treffen wird. Wenn wir das Standrecht verhängen werden, werden wir Euden zu treffen wissen, der sich jetzt an den Verbrechen einer schamlosen Militärkamarilla schuldig macht"

So hieß es u. a. in einem Aufruf des "Roten Soldatenbundes", der kürzlich in Berlin angeschlagen war und sich an die freiwilligen Truppen wandte. Diese Leute, im Verein mit den Unabhängigen und Kommunisten geben vor, gegen das Kusteregiment und für die wahre Freiheit zu kämpfen. Was wir aber zu erwarten hätten, wenn von jener Seite die Regierung ausgeübt würde, zeigt zur Genüge dieser Aufruf.

Zahlen die reden.

In der "Rhein. Zeitung" fanden wir eine Aufstellung, welche nach Angabe dieses Blattes von der Stadt Elberfeld angefertigt worden ist. Es handelt sich um die Ausgaben einer vierköpfigen Familie in einem Monat. Die Ausgaben betragen:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: 112 Pfund Kartoffeln (30,20 M), 72 Pfund Brot (21,60 M), 8 Pfund Marmelade (20,- M), 2 Pfund Butter (18,- M), 4 Pfund Speck (31,20 M), 4,8 Pfund Zucker (2,88 M), 6,4 Pfund Fleisch (32,- M), 8 Pfund Fisch (28,- M), 4 Pfund Kaffee-Erlaß (4,64 M), 8 Pfund verschiedene Nahrungsmittel (Erbölen, Grauen usw.) (12,- M), 60 Pfund Gemüse (42,- M), Gewürze, Seife, Wasch- und Putzmittel, Nahrung usw. (50,- M), Miete (Dreizimmerwohnung) (30,- M), Beleuchtung und Heizung (25,- M), Straßenbahn (Monatskarte) (10,- M), Schuhreparaturen, Wäsche, Strümpfe, Kleiderverschleiß, Rücklagen für Neubeschaffung (50,- M), Steuer (nach heutigen Sätzen 5000 M. Einkommen zugrunde gelegt) (33,- M), Rauchmaterial (30,- M), Körperpflege (9,- M). Summa 510,52 M.

510,52 M. in einem Monat oder 6126,24 M. in einem Jahre wären also bei den heutigen Preisen notwendig, um für eine vierköpfige Familie das in der Aufstellung Angeführte zu beschaffen.

Wer wollte behaupten, daß in der Aufstellung zuviel angegeben worden ist. Im Hinblick darauf brauchen wir eigentlich über das unzureichende der Lage der Textilarbeiter hier kein Wort zu verlieren. Denjenigen Kreisen, die sich über manche noch so berechtigte Forderung der Arbeiter aufregen, empfehlen wir die Statistik besondern Beachtung.

Konfusionsräte.

In der "Freiheit", dem Hauptorgan der unabhängigen Sozialdemokratie, hat ein A. Crispian neulich folgenden Wahlvorschlag zum Rätegesetz gemacht:

- Wahlberechtigt ist: 1. Jeder produktive Arbeiter, jede produktive Arbeiterin. 2. Wer dauernd oder vorübergehend nicht produktiv tätig ist, wenn er zur Arbeiterklasse gehört. 3. Wer notwendig ist zur Aufrechterhaltung des Hausstandes für die unter 1. und 2. genannten Wahlberechtigten. 4. Handwerker, Bauern und ähnliche Personen, die nicht mehr direkt zur Arbeiterklasse, aber auch noch nicht zur Kapitalistenklasse gehören. 5. Wer nicht zu den unter 1., 2., 3., 4. genannten Wahlberechtigten gehört, wenn er Mitglied einer sozialrevolutionären Partei ist.

Neben denjenigen, die nach vorstehenden Bestimmungen grundsätzlich nicht wahlberechtigt sind, verliert sein Wahlrecht, wer im sozialistischen Sinne ebrlos gehandelt hat und wenn demzufolge von einem sozialistischen Gericht die sozialistischen Ehrenrechte abgesprochen sind.

Es scheint, daß manche Unabhängige den früheren Junkern im Ausnobeln von Wahlsystemen, welche einseitige Klassenprivilegien festlegten, noch bedeutend über sind. Im übrigen ist der Vorschlag derart konfus, daß seine Urheber wenig stolz darauf sein können. Wer ist z. B. produktiv und wer unproduktiv? Zur sozialrevolutionären Partei rechnet jedenfalls nur die Unabhängige, und deren Mitglieder könnten demnach alle ihr Rätewahlrecht ausüben, auch wenn sie ihr Lebtage keine Hand zu "produktiver Tätigkeit" geführt hätten.

Augen auf!

Wie uns von verschiedenen Seiten aus Mitgliederkreisen berichtet wird, sind die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften, sowie die sozialdemokratische Volksfürsorge eifrig an der Arbeit, um auch in unseren freien Versicherungen abzuschließen. Leider fallen noch immer wieder Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und deren Familienangehörige dieser Agitation der uns fremd oder gar feindlich gegenüberstehenden Versicherungsgesellschaften zum Opfer. In der Regel ist es Unkenntnis der Zusammenhänge. Viele unserer Mitglieder kennen die Unterschiede nicht, die in der Lebensversicherung vorhanden sind. Es ist deshalb dringend notwendig, immer wieder aufklärend zu wirken und unsere Gesinnungsfreunde und deren Angehörige darauf hinzuweisen, daß für die christlichen Arbeiter und ihre Familien nur unsere "Deutsche Volksversicherung A.-G. Berlin" in Frage kommen kann.

Die "Deutsche Volksversicherung" ist, im Gegensatz zu anderen ähnlichen Unternehmungen, eine gemeinnützige Einrichtung, deren Gewinne den Versicherten selbst wieder zu Gute kommen. Die "Deutsche Volksversicherung" bietet die denkbar größte Sicherheit durch eine staatlich durchgeführte Kontrolle und durch die fortlaufenden Beiträge von Millionen von Versicherten. Die christlichen Gewerkschaften sind als Mitträger der "Deutschen Volksversicherung" an der Verwaltung beteiligt und bieten unseren Gewerkschaftsmitgliedern die sichere Garantie für eine sparsame und zweckdienliche Geschäftsführung. Eine eigene Generalrechnungsstelle der christlichen Gewerkschaften ist am Sitz des General-Sekretariats in Köln, Denloerwall 9, für die Bedürfnisse der Versicherung eingerichtet. Von dort kann alles einschlägige Material bezogen und jede Auskunft eingeholt werden. Anträge für die Versicherung werden von unseren Vertrauensmännern entgegen genommen. Auch die laufenden Beiträge werden durch Beauftragte der Volksversicherung, die aus den Reihen unserer Kollegen entnommen werden, einkasziert.

Die Hunderttausende von neuen Mitgliedern, die in den letzten Monaten in unsere christlichen Gewerkschaften hineingeströmt sind, müssen besonders aufmerksam gemacht werden, daß innerhalb unserer Bewegung die Möglichkeit geboten ist, auch Lebensversicherungen für sich und die Familienangehörigen abzuschließen. Wer sich versichern will, darf unter keinen Umständen zu fremden oder gegnerischen Gesellschaften gehen, sondern er muß dafür unsere "Deutsche Volksversicherung A.-G. Berlin" in Anspruch nehmen. Infolge ihres gemeinnützigen Charakters ist sie in der Lage, die günstigsten Versicherungsbedingungen zu gewähren.

Aus unserer Industrie.

Ratschläge praktischer Art für die Weberei.

(Schluß).

Die Produktionsweise wird dadurch gewissermaßen gehoben, indem der Arbeitsprozeß weniger oft gestört und unterbrochen wird. Auch wird das Aussehen der Ware nicht, wie das durch Schußfäden und Neuanfänge einzutreten pflegt, in einer schädlichen Weise herabgemindert, sondern erstreckt in einem tabellos glatten Außern. Die Beachtung folgender Regeln ist aber bei doppelt gespalteter Seide mehr denn bei einfacher Seide geboten. Der Gang des Webstuhles bestehe in langsamen, ruhigen Bewegungen, ein rascher vibrierender Gang und Schlag des Webstuhles und seiner einzelnen mitwirkenden Teile ist ebenfalls für das Verhalten des Kunstseidenfadens, gleichviel ob Kettenfaden oder Schußfaden, verderblich. Bei beispielsweise 100 Touren des Webstuhles per Minute ist schon längst die Grenze für ein erträgliches und leistungsfähiges Verarbeiten der Kunstseide im Kettenmaterial überschritten! — Auch der Schußfaden, namentlich bei doppelt gespalteter Seide, reagiert auf zu hastige, stoßweise Bewegungen des Webstuhles. Der Webstuhlen soll von dem Schlagarm bezw dem Bider so geschleudert werden, daß derselbe ruhig und sanft in den gegenüberliegenden Kästen

gleitet, ohne dort hart am Ricker anzutreffen, oder gar zurückzuprallen. — Der Schlag und Fang muß so reguliert werden, daß die Mithilfe des „Fangriemens“ gar nicht nötig ist. Selbstverständlich ist dabei auch wieder die Betriebsform, die sich bei mancher in nicht unerheblichen „Antriebschwankungen“ äußert, mit in Betracht zu ziehen. Namentlich durch Dampf betriebene Webstühle werden hin und wieder durch schnelleres und langsameres Tempo der Dampfmaschine irritiert und dann meist die Webstühle bei matt gestelltem Schlag und vermindertem Tourenzahl zu stocken beginnen und den Webstuhl in unliebsamer Weise zum Bremsen bringt. Man kann sich aber da immer noch eher durch Zuhilfenahme von Federn, womit man bei normalem Gang des Webstuhles die Schützenkastenzungen versieht, behelfen. Gerat der Webstuhl dann durch eintretende Antriebschwankungen in einen verlangsamten Gang, so entfernt man einfach die Federn, wodurch die Webstühle einen freieren und leichteren Lauf bekommen und die Differenz sich dadurch wieder ausgleicht. Das Auswechseln der Bremsfedern kann übrigens ohne jede Störung vor sich gehen und während des Arbeitsprozesses vorgenommen werden.

Bei doppelt gespinnter Seide ist auch auf die Anordnung der Fadenführung im Webstuhl ein besonderes Augenmerk zu richten. Gewöhnlich benutzt man bei Seidenweberei die Seidenwebstühle mit der bekannten Gummifadenbremse und führt zur Erzielung eines straffen Umziehens den Faden in Bindungen durch die Fadenbremse. Bei Kunstseide ist es aber durchaus nicht angebracht, den Faden in vielen Krümmungen hart gespannt zu halten, ja, im Gegenteil, man erzielt das beste Resultat, wenn man den Faden bei doppelter Seide bezw. Kunstseide so führt, daß derselbe frei und auf geradem Wege den Webstühlen verläßt. Am weitesten kommt man bei Kunstseide, wenn man die Gummifadenbremse überhaupt nicht zum Anziehen des Schußfadens benutzt, sondern die erforderliche Straffe des Fadens auf anderem Wege herbeiführt. — Ein sehr wirksames und vorteilhaftes Mittel ist hierzu das weiche Kaninseil, womit die Webstühlennimmwände ausgekleidet werden, und zwar so, daß der Spulen eben richtig darin eingebettet erscheint. In dieser Weise läßt sich Kunstseide doppelt gespinnt am besten verarbeiten, die Fäden bleiben immer in gleichen Lagen beisammen und neigen deshalb nicht zu Störungen, wie Schleifenbildung in der Ware, Abreißen des Schußfadens usw. — Voraussetzung ist natürlich, daß sonst keine anderen Umstände zu Unzutraglichkeiten den Anlaß geben, z. B. wenn die Spulenteile am Webstuhl und am Webstühlen, mit denen der Seidenfaden in Berührung kommt, nicht von einer tadellos glatten Beschaffenheit sind. — Es darf sich weder eine rauhe Stelle, noch irgend ein kleiner Schiefer an denselben vorfinden. Vorzuziehen sind die betr. Stellen mit einem wirksamen Mittel dauerhaft zu glätten. Bei Anfertigung der Spulen ist ebenfalls schon auf sorgfältige Herstellung derselben zu achten. Namentlich ist auf peinlichste Regulierung der Spannung beider Fäden beim Doublieren größtes Gewicht zu legen. Nur durch ganz gleich gehaltene Spannung beider Fäden beim Spulen kann sich ein glattes, ungestörtes Abläufen derselben während des Webens ergeben. Gerade in dieser Hinsicht ist eben auch wieder die Kreuzspulmethode von ganz wesentlichem Vorteil, weil hier gleichzeitig eine ziemlich starke Drehung beider Fäden ineinander stattfindet und dadurch ein Zurückbleiben des einzelnen Fadens während des Webens nicht so leicht eintritt.

Aus unserer Bewegung.

Beitragsreform?

Wir haben leithin mehrfach darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, freiwillig höhere Beitragsklassen einzuführen. In vielen Bezirken und Ortsgruppen ist man bereits dazu übergegangen. Nunmehr geht uns vom Kollegen D. Kümmele ein Vorschlag zur Regelung der Beitragsfrage überhaupt zu. Wir würden es begrüßen, wenn noch weiter zu dieser Frage aus den Reihen der Kollegen und Kolleginnen Stellung genommen würde. D. Kümmele schreibt:

Darüber, daß auch in unserem Verbands eine Beitragsreform durch die Verhältnisse notwendig wird, dürften bei einem großen Teil unserer Mitglieder, vor allem der älteren, keine Zweifel bestehen. Selbstwertung, gestiegene Material- und Verkaufspreise und erhöhtes gewerkschaftliches Arbeiten zwingen schließlich früher oder später zu einer Neuregelung des Beitragswesens. Denn auch in Zukunft wird es sein und bleiben, daß die Finanzen das beste Rückgrat jeder Gewerkschaft sind.

Gewiß hat das ewige Aendern der Beitrags- und Unterstützungsfrage auch seine Schattenseiten. Wir stehen sich jedoch fast alle damit verbundenen Schwierigkeiten sehr leicht an, indem man das jetzige Marken- und Unterstützungssystem beibehält, aber die Beiträge dadurch erhöht, daß die Höhe der zu leistenden Wochenbeiträge der Höhe des neuen Verdienstes besser angepaßt würden.

Die bis jetzt abgeschlossenen Tarife haben nahezu alle zwei oder drei Ortsklassen als Grundlage. Auch da, wo die Ortsklasseneinteilung fehlt, ergibt schon die Lohnhöhe selbst eine Einteilung mit einer Klasse bei Nacharbeitern. Ueberdies kommt in absehbarer Zeit ja doch ein Reichstaxi, bei dem dann die Unterstützungsbeträge mit dem ganzen Lohn einbezogen sind. Wir wollen aber bei den schon jetzt in der Hauptsache durchgeführten drei Ortsklassen bleiben, denn würde mein Vorschlag der

	männl.	weibl.
1. Jugendliche unter 18 Jahren	60 Pfg.	50 Pfg.
2. Ortsgruppen der Lohnklasse 3	70 "	60 "
3. " " " 2	80 "	70 "
4. " " " 1	90 "	80 "

Beitrag bezahlen müßten. Voraussetzung meines Vorschlages ist, daß die Jugendlichen 10 Pfg. höhere Beiträge hätten wie bis jetzt, und daß dann die Orte der Klasse 3 wieder 10 Pfg. mehr bezahlen als die Jugendlichen; ferner die Orte der Klassen 2 und 1 jeweils noch um 10 Pfg. höher im Beitrage ständen als die Lohnklasse unter ihnen.

Diese Art der Beitragshöhe wäre wohl auch den tatsächlichen Verhältnissen besser angepaßt. Wer in Lohnklasse 1 fällt, hat auch einen wesentlich höheren Verdienst wie die Mitglieder in Klasse 2 oder gar 3. Auch die Jugendlichen verdienen heute viel mehr wie früher, so daß auch sie den Groschen mehr in die Verbandskasse aufbringen können. Allerdings müßte die Reform vom Verband selbst durch Beschluß des Gesamtvorstandes bezw. der Verbandsgeneralversammlung festgesetzt werden, damit eine möglichst große Einheitlichkeit und Wirkung erzielt würde. Es wird gehen, weil es gehen muß!

Nachen.

Neuregelung der Lohnverhältnisse in der Nacher Textilindustrie. Zwischen dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Nachen und den beiden Textilarbeiterorganisationen (Christlicher und Deutscher Textilarbeiterverband) wurde nachstehende Neuregelung der Lohnverhältnisse für die gesamte Nacher Textilindustrie vereinbart:

- A. Arbeitszeit.** Die normale Arbeitszeit in der Woche beträgt 48 Stunden und zwar entfallen auf den Montag 8 Stunden, auf die Tage von Dienstag bis Freitag 8 1/2 Stunden, auf den Samstag 6 Stunden. Samstag endet die normale Arbeitszeit um 1 Uhr. Zur Arbeitszeit gelten folgende Bestimmungen.
 - 1. Ueberstunden sollen tunlichst vermieden werden. Sind Ueberstunden erforderlich, so hat der Arbeitgeber dem Arbeiterauschuss die Notwendigkeit sachlich darzulegen. Erst danach findet in geeigneter Weise Bekanntschaft an die Arbeiterschaft statt.
 - 2. Es können wöchentlich bis zu 10 Ueberstunden geleistet werden mit einem Lohnzuschlag von 50 Prozent. Arbeitsverhältnisse mit ordnungsgemäßer Entschädigung, sowie Feiertage gelten nach ihrer Art als Normal- oder als Ueberstundenarbeit.
 - 3. Es soll tunlichst vermieden werden, daß Feiertage (kirchlichen und weltlichen Charakters), die in die Arbeitswoche fallen, in Form von Ueberstunden nachgeholt werden. Findet Nacharbeit wegen eines Feiertages statt, so tritt Ueberstundenberechnung ein.
 - 4. Mit dem Arbeiterauschuss ist Zahl und ungefähre Dauer der Ueberstunden zu berechnen. Ist die Dringlichkeit, Ueberstunden zu leisten, von dem Arbeitgeber nachgewiesen, so soll es als selbstverständlich gelten, daß der Arbeiterauschuss sich des Bedürfnisses nicht verschließt und den zu leistenden Ueberstunden zustimmt.

B Normaldurchschnittslöhne. Es wird gezahlt:

1. An Weber und Weberinnen	pro Stunde 1,54 M.
2. Desatierer, Färber, Krampehnäher, Spüler, Woller, Presser auf hydraulischen Pressen und Hofarbeiter	1,41 "
3. Konner und Rajchmenrahmer	1,25 "
4. S' pferinnen	1,20 "
4a. Kettenfächerinnen und selbstständigen Kammspinnerinnen	1,09 "
5. Kramplerrinnen, Kollerrinnen und Reigerinnen	0,90 "
6. Kämpferinnen und Zwirnerinnen	0,86 "
7. Zuschnerinnen	0,86 "
8. Kondiererrinnen, Spulerrinnen und Spüler	0,79 "
9. Fadnerinnen	0,72 "
10. jüngere Mädchen von 16 bis 18 Jahren, soweit sie nicht zu einer der obigen Gruppen zählen	0,72 "
11. Arbeitsmädchen von 16 bis 18 Jahren, soweit sie nicht zu einer der obigen Gruppen zählen	0,72 "
12. jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren, soweit sie nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen	0,60 "

für Rajchmisten, Heizer und Fabrikhandwerker, sowie Seimer, Seifattwerfer und Webstuhlreiter werden besondere Lohnabstimmungen getroffen. Die nicht genannten männlichen Beschäftigtenarten, werden je nach Art und Umfang der Arbeit, nach Klasse 2 oder 3 entlohnt.

Affordarbeit wird für männliche und weibliche Arbeiter gleich gezahlt. Bei Affordarbeit gelten die Affordsätze als ausreichend, falls vier Fünftel der Arbeiter der betreffenden Fachabteilung die festgesetzten Durchschnittslöhne erreichen oder überschreiten haben.

Bei nachweislich schlecht gehenden Arbeiten, oder bei Verarbeitung von minderwertigen Material erhalten die in Afford beschäftigten normalleistungsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie diese Arbeiten in Zeitlohn verrichten, nicht mehr den für die betr. Abteilung geltenden Mindestdurchschnittslöhnen.

Vorsiehende Vereinbarungen gelten ab 1. Juni 1919. Die Erhöhung der Normaldurchschnittslöhne betragen gegenüber früher in den Gruppen 1 bis 4a 40 Prozent, Gruppe 5 30 Prozent und in den Gruppen 6 bis 12 25 und 20 Prozent.

Während in verschiedenen anderen Nacher Industrien festgesetzt ersäliche Differenzen, die zum Teil zu Arbeitsentfremdungen führen, zu verzeichnen sind, ist es bis jetzt in der Textilindustrie gelungen, auf dem Wege der Verständigung die Arbeitsverhältnisse zu regeln. Es ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Vertretern des Arbeitgeberverbandes mit den Organisationsleitern der beiden Textilarbeiterverbände haben. Daraus ergibt sich, daß in unserer Industrie nicht aufkommen lassen.

Auch für die Tuch-, Feinweb- und Seidenwebindustrie sind diese Bestimmungen im wesentlichen mit einigen den lokalen Verhältnissen Rechnung tragenden Abänderungen die Nacher Lohnsätze festgelegt.

Neersen.

Regelung der Lohnverhältnisse bei der Firma Rheinische Webet Fabrik. Vor kurzer Zeit schloß sich die Arbeiterschaft der Firma Rheinische Webet Fabrik unserem Verbands an. Ihrem Ansinnen entsprechend, unterbreiteten wir am 12. Juni der Firma die Wünsche der Belegschaft auf Neuregelung und Erhöhung der Löhne. In einer am 23. Juni mit der Firma geschlossenen Verhandlung, seitens der Verbandsleitung und des Arbeiterausschusses, zeigte die Firma volles Verständnis für die vorgetragenen Wünsche und wurde eine befriedigende Verständigung erzielt. Webstühle, Tagelöhne, Vergütung für Bearbeiten von schlechtgängigem Material, für Warten auf Material, wurden den Zeitverhältnissen entsprechend festgesetzt. Außerdem bewilligte die Firma der Arbeiterschaft noch eine einmalige Zulage. Diese beträgt für solche Arbeiter resp. Arbeiterinnen die bis zu 5 Jahren im Betriebe beschäftigt sind 50 M., über 5 bis 10 Jahren 75 M. und für diejenigen über 10 Jahre beschäftigt 100 M.

An dieser Neuregelung der Lohnverhältnisse kann die Arbeiterschaft die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation erkennen. Ihre Pflicht ist nun drüber zu wachen, daß das Organisationsverhältnis nicht gelockert wird. Nur dann hat die Arbeiterschaft die dauernde Gewähr, daß ihre berechtigten Interessen zu jeder Zeit Vertretung und Berücksichtigung finden.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Crefeld. Im Lokale der Niederh. Weberunion tagte am Sonntag eine Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Crefeld, die erste seit Waffenstillstand.

Der Vorsitzende Esser begrüßte eingangs der Versammlung die Ertrianenen, besonders die heimgekehrten Krieger, denen er den Dank im Namen der Ortsgruppe für die dem Vaterlande gebachten Dienste aussprach; den Gefallenen wolle man ein ehrendes Andenken für ihr schwerstes Opfer allezeit bewahren. Die Versammelten erhoben sich zur Ehrung der letzteren von ihren Sigen.

Sodann gab der Vorsitzende einen Rückblick über die Verbandsverhältnisse im Kriege. In Crefeld waren der Geschäftsführer und fast alle Vorstands- und Vertrauensleute zumeist seit der ganzen Kriegszeit zum Heere eingezogen. Dadurch hätte die Ortsgruppe unter den schweren Kriegsverhältnissen sehr zu leiden gehabt; ein kleiner Stamm älterer Verbandskollegen und Kolleginnen hätten das Notdürftigste für den Weiterbestand getan, wofür ihnen Dank gebühre.

Mit Beendigung des Krieges hätte die Ortsgruppe wieder von Grund auf neu aufgebaut werden müssen.

Der Geschäftsführer Marquardt erstattete sodann den Geschäftsbericht der verfloffenen Quartale. Aus diesen geht hervor, daß die Ortsgruppe seit der Wiederbeschäftigung in der Textilindustrie einen raschen Aufschwung genommen hat, der noch anhält. Auch in den vor- und umliegenden Orten haben sich die Mitgliederzahlen vervielfacht. Entsprechend haben sich auch die Lohnverhältnisse gestaltet. Die jetzt folgende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Karl Esser, Vorsitzender; Wilhelm Busch, Johann Janßen, Peter Heiser, Johann Schids, Albert Pasch, Heinrich Göhr, Franz Bih, Wilhelm Niuss, Emma Lehnen, Johanna Lepaß, Anna Schagen, Henriette Blum, Katharina Leenen und Frau Bwe. Hans. Sodann erstattete der Geschäftsführer Bericht über die neuen Lohnregelungen in der Crefelder Textilindustrie.

Durch die Teuerung waren die Textilarbeiter gezwungen, zu verschiedenen Malen Lohnforderungen zu stellen. Es wurden für alle Branchen wesentliche Lohnerhöhungen erreicht, so für Stoffweber, Samtweber, Färber, Appreture, Drucker, Krawattennäherinnen, Zuschneider und Zuschneiderinnen, Strickerinnen, Winderinnen, Scheererinnen, Spulerrinnen u. a. Die Erhöhungen der Löhne wurden vielfach durch Verarbeitung schlechten Materials ungünstig beeinflusst.

Aus letzterem Grunde haben insbesondere die Weber jetzt wieder neue Forderungen stellen müssen. Neue Forderungen mußten auch die Krawattennäherinnen stellen, da seitens verschiedener größerer Firmen der abgeschlossene Tarif nur zu ihren Gunsten ausgelegt wird. Die neu in Beschäftigung tretenden Näherinnen sollten sich unverzüglich dem christlichen Verbands anschließen.

Nach kurzer Aussprache über diesen Punkt sprach Bezirksleiter Müller über die Aufgaben und Ausichten unserer Bewegung. Seine packenden Ausführungen fanden lebhaften Beifall und wurde ein Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages von 25 Pfg. pro Quartal für das im Entstehen begriffene Bezirksortell einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende bat zum Schluß die Mitglieder zur weiteren eifrigen Mitarbeit zur Ausbreitung und Stärkung des christlichen Textilarbeiterverbandes und schloß die in jeder Hinsicht gut verlaufene Versammlung.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Die christliche Gewerkschaftsbewegung in der neuen Zeit. — Die Ortsklassenfestlegung in den Tarifverträgen. — Einkümmungen im Deutschen Textilarbeiterverband. — **Allgemeines Rundschau:** Ein ungeheurer Sorwurf gegen das Christentum. — Wir haben den Ehrgeiz, diese Regierung zu stürzen. — Die „Freiheitskämpfer“. — Bahnen, die reben. — Konfessionsräte. — Augen auf! — Aus unserer Industrie: **Wichtiges** ... — **Aus unserer Bewegung:** Beitragsreform. — Nachen. — Neersen. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Crefeld.